www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke Bezirksverband Mitte

mittendrin

Ausgabe 01 | 2026 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Die Linke Berlin-Mitte bereitet sich auf das Wahljahr 2026 vor

Am Nikolaustag im Dezember trafen sich die Delegierten der Basisgruppen der Linken in Mitte zum Bezirksparteitag – unserer sogenannten Hauptversammlung. Hier ließen wir das vergangene Jahr Revue passieren und schmiedeten neue Pläne für das Jahr 2026. Wir wollen im kommenden Jahr wieder stärkste Kraft in Berlin Mitte werden – damit unser Zuhause für alle Menschen bezahlbar und lebenswert wird.

Dem Tage entsprechend bekamen die Rednerinnen und Redner in der großen Generaldebatte selbstgemachte Weihnachtskipferl und die eingeladenen Gäste wurden noch reicher mit einem Schokonikolaus beschenkt. So unsere Landesvorsitzende Kerstin Wolter, die in ihrer Eröffnungsrede über die politischen Herausforderungen in Berlin sprach: unbezahlbare Mieten, ein Senat, der die Stadt kaputtspart, unseren Einsatz gegen Krieg und Wehrpflicht oder ein verbesserter öffentlicher Nahverkehr waren nur einige der Themen, die von ihr dargelegt wurden.

Ganz besonders freuten sich die Delegierten über zwei weitere Gäste: Daniel Diekmann von der Interessengemeinschaft Habersaathstraße und Ekke Spiegel, Busfahrer bei der BVG. Ersterer sprach über den langen Kampf der Bewohner in den ehemaligen Papageienplatten der Charité, die sich seit Jahren gegen einen Investor zur Wehr setzen. Dieser versucht seit Jahren die Mieter aus dem Haus zu werfen, um Eigentumswohnungen bauen zu lassen. Doch die Nachbarinnen der Habersaathstraße rund um Daniel Diekmann lassen sich nicht unterkriegen.

➢ *Fortsetzung auf Seite 2*

MENSCHEN AUS MITTE
Offen und ehrlich Mehrheiten gewinnen: Fabian Nehring
Seite 3 ▷

STADTENTWICKLUNG
Ein absurdes Gefälligkeitsgutachten für den Senat gegen die Vergesellschaftung
Seite 5 ▷

AUS DEM BEZIRK
Niedergang und Leerstand – Quo vadis, Müllerstraße?
Seite 8 ▷

➢ *Fortsetzung von Seite 1*

Genauso inspirierend waren die Eindrücke, die Ecke Spiegel vom Zusammenhalt und der Kampfeslust der Kollegen bei der BVG berichtete. Auch hier gab es lauten Applaus, denn die Beschäftigten der BVG sorgen jeden Tag – und jede Nacht – dafür, dass täglich hunderttausende Berlinerinnen und Berliner ihren Alltag bestreiten können. Wir als Linke in Berlin und in unserem Bezirk werden auch im neuen Jahr an der Seite der beiden stehen – ob im Kampf für bezahlbares Wohnen oder eine funktionierende BVG, die ihre Beschäftigten gut bezahlt.

Des Weiteren waren die Debatten von den Vorhaben der Linken im nächsten Jahr geprägt, wie zum Beispiel den Ausbau unserer Sozialberatungen über „Die Linke hilft“ oder den Start der Mietenkampagne der Linken, in der wir zusammen mit Mieterinnen und Mietern versuchen wollen, gegen unrechtmäßige Praktiken der Vermieter vorzugehen – wie zum Beispiel bei falsch abgerechneten und überhöhten Heizkosten oder illegal erhöhten Mieten. Zudem beschlossen wir einige Anträge, unter anderem über unsere Schwerpunkte für den Wahlkampf und Minimalbedingungen für eine linke Regierung (bezahlbare Mieten und der Stopp von Sozialkürzungen) und die Anforderungen an linke Amts- und Mandatsträger*innen.

Auch die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sowie zur Bezirksverordnetenversammlung in Mitte werfen ihre Schatten voraus. Mit Christoph Keller stellt Die Linke in Berlin-Mitte seit 2021 den Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit. In dieser Funktion setzte er sich seither beispielsweise für bessere Gesundheitsangebote im Bezirk ein sowie gut ausgestattete Jugend- und Familienzentren, die für viele Nachbarinnen und Nachbarn ein unverzichtbarer Anlaufpunkt im Kiez sind. Darum nominierte ihn der Bezirksparteitag auch zu unserem Spitzenkandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters. Gemeinsam mit Christoph Keller wollen wir Mitte sozialer und lebenswerter machen – für alle Menschen, die unseren schönen Bezirk ihr zu Hause nennen.

Martha Kleedörfer
und Martin Neise

DIE LINKE PRÄSENTIERT:

Sorgearbeit unbezahlbar? Die Liga für unbezahlte Arbeit im Gespräch über Unsichtbarkeit von Sorgearbeit, notwendige Anerkennung und kollektive Stärke

Wann?
Donnerstag, 22.1.26, um 18 Uhr

Wo?
Bavul Kunst & Kultur Café, Annenstr. 13

BO DIE LINKE
Heinrich-Heine-Viertel

Aus dem Leitantrag der 2. Tagung der 10. Hauptversammlung

- „Berlin und seine Bezirke stecken in einer sozialen Krise: steigende Mieten und Verdrängung, Kürzungen bei Jugend- und Sozialarbeit, medizinische Unterversorgung, sichtbare Armut und unsichtbare Vereinsamung. Der schwarz-rote Senat betreibt eine Politik, die Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur in Bezirk und Land, Zentralisierung von Macht und Ressourcen bei sich selbst und Chaos im Verkehr zur Folge haben. Die Bundesregierung verschärft die Lage durch eine Sparpolitik auf Kosten der Demokratie, die prekär Beschäftigte und Sozialleistungsempfangende gegeneinander ausspielt, während Milliarden in Aufrüstung und Militär fließen und Unternehmen und Reiche steuerlich entlastet werden.“

- „Vier Jahre nach dem erfolgreichen Volksentscheid ist klar: Die Umsetzung der Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne spielt für den Berliner Senat keine Rolle. Für uns ist es Selbstverständlichkeit und Gebot der Stunde, diesen demokratischen Auftrag endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Gemeinsam mit der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ treiben wir das Versprechen, das wir der Mehrheit der Berliner gegeben haben, voran. Unser Ziel: bezahlbarer Wohnraum durch Gemeineigentum und das Ende der Profitlogik im Wohnungsmarkt.“

- „Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ab, ob durch Milliarden für Aufrüstung, Waffenexporte oder Werbekampagnen für die Bundeswehr an Schulen und im öffentlichen Raum. Unsere Kinder brauchen Bildung, keine Rekrutierungskampagnen schon an der Schule und erst recht keine Einberufung. Stattdessen fordern wir: Investitionen in Bildung statt Bomben, Sozialpolitik statt Kriegspolitik und eine klare Absage an Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Das betrifft Waffenlieferungen an die Ukraine, insbesondere aber die Lieferungen von Rüstungsgütern nach Israel, mit denen dort gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza Völkermord begangen wird. Lokal setzen wir uns gegen die Produktion von Waffen in den Pierburgwerken im Humboldthain ein. Wir sind und bleiben die Friedenspartei: lokal, bundesweit und international.“

KURZNACHRICHTEN

➤ Erster Bauabschnitt am Pergamonmuseum beendet

Der erste Bauabschnitt am Pergamonmuseum ist Ende 2025 abgeschlossen worden. Denkmalgerecht wurden der Nordflügel und der Mittelbau mit dem Pergamonaltar instandgesetzt und der neue Eingangspavillon im Ehrenhof fertiggestellt. Die Museen richten bereits Flächen auf der Hauptebene und im Obergeschoss ein. Teams bereiten im Erdgeschoss Kassen, Bereiche für Bildung und Vermittlung sowie das Café und Technik für Veranstaltungen vor. Im Frühjahr 2027 öffnet das Haus wieder.

➤ Neugestaltung der Osram-Höfe

Die Neugestaltung der denkmalgeschützten „Ehemaligen Osram-Höfe" an der Oudenarder Straße hat begonnen. Bis 2030 soll auf dem historischen Industriegelände ein moderner „Life-Science-Campus" entstehen mit 20.000 Quadratmetern neuer Labor- und Forschungsflächen. Bereits jetzt sind renommierte Institutionen wie die Charité und das Deutsche Herzzentrum auf dem Areal vertreten. Das Projekt von Feldberg Capital umfasst eine Investition von rund 100 Millionen Euro.

➤ Künstlerhaus wird Denkmal

Das Wohn- und Atelierhaus in der Wallstraße 88a-90 wurde vom Landesdenkmalamt in die Denkmalliste aufgenommen. In dem von 1982 bis1984 errichteten Gebäude mit gehobener Ausstattung wie ein Casino lebte neben Mitarbeitenden des DDR-Ministeriums für Außenhandel der Künstler Walter Womacka mit seiner Frau Hanni. Seine Wohnung war individuell gestaltet und enthielt ein Atelier mit Ausstellungsraum.

➤ Sanitäter auf Bahnhöfen

Die S-Bahn Berlin hat im Dezember vergangenen Jahres ein Pilotprojekt gestartet: An den Bahnhöfen Alexanderplatz und Hauptbahnhof in Mitte sind je zwei Sanitäter des Deutschen Roten Kreuzes stationiert, die sich um erkrankte oder verletzte Personen kümmern sollen. Die Helfer sind zunächst montags bis freitags von 14 bis 17 Uhr vor Ort. Die Sanitäter schätzen ein, ob Erstversorgung auf dem Bahnsteig vorgenommen werden kann, übernehmen die Betreuung des Fahrgastes bis der Rettungsdienst eintrifft. Der S-Bahnzug kann seine Fahrt fortsetzen und ist nicht wie bisher gezwungen, im Bahnhof zu warten.

➤ Berliner Wälder in Gefahr

2025 hat sich der Zustand der Berliner Wälder deutlich verschlechtert. Laut dem aktuellen Waldzustandsbericht des Senats weisen 46 Prozent der Fläche schwere Schäden auf, neun Prozentpunkte mehr als 2024. Nur drei Prozent der Bäume zeigen keine sichtbaren Schäden. Hauptursachen sind die anhaltende Bodentrockenheit seit 2018 und ein trockenes Frühjahr. Kiefern sind besonders betroffen, 40 Prozent haben deutliche Schäden, im Vorjahr waren es 13.

Fabian Nehring: Offen und ehrlich Mehrheiten gewinnen

Mit seinen Grundsätzen Offenheit und Ehrlichkeit blickt Fabian Nehring auf seine Partei Die Linke. „Wir müssen uns ehrlich machen, offen gegenüber unseren Wählern und allen Bürgern sein", betont das Mitglied des Landesverbandes Mitte.

Fabian Nehring

„Und wir müssen uns klar dazu bekennen: wir sehen als unsere Perspektive den Sozialismus - eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen statt der Profite im Vordergrund stehen. Wir sind das Original einer sozialistischen Klassenpartei, für sie gibt es keine Alternative. So stehen wir im klaren Oppositionskurs gegen die neoliberalen Parteien in Berlin". Der 38-jährige Politikwissenschaftler und Experte für Öffentliches Recht will mit der LINKEN - „meine politische Heimat" - Mehrheiten gewinnen und kontroverse Fragen an der Basis ausdiskutieren.

Fabian Nehring wurde 1987 in Köpenick geboren, wuchs in Wittenau auf und machte an der Bettina-von-Arnim-Schule im Märkischen Viertel sein Abitur. „Während meines Studiums an den Universitäten in Rostock und Leipzig widmete ich mich besonders tiefgründig den Werken von Karl Marx und den modernen linken Philosophen - wertvolles Rüstzeug für die Parteiarbeit „, blickt er zurück.

2020 wurde er Mitglied der Linkspartei, übernahm Verantwortung im Koordinationskreis der Basisorganisation Wedding, wurde in den Bezirksvorstand von ganz Mitte und in den Landesausschuss gewählt, wirkt mit in der Landesarbeitsgruppe für Vergesellschaftung, in der Zentralen Arbeitsgruppe Bildung und im Lesekreis seiner Basisorganisation.

„In den vergangenen Monaten hat sich die Zahl allein unserer Weddinger Genossen auf rund 400 verdreifacht - zumeist junge Leute Mitte 20 bis Mitte 30", freut er sich. „Jetzt müssen wir aufpassen, alle in die Partei einzubinden, keine Karteileichen entstehen zu lassen". Seine Weddinger Erfahrung ist beispielhaft für den gesamten Bezirksverband: „Wir teilen die enorm gewachsene Basisorganisation während der Versammlungen in kleine Inputgruppen von fünf, sechs Genossen auf, die sich für eine begrenzte Zeit zum gegenseitigen Vorstellen und Diskutieren an verschiedene Orte zurückziehen. So fühlen sich alle einbezogen".

Beruflich ist der vielseitige, aktive Genosse im Bezirksamt Lichtenberg als Beauftragter für Partizipation und Integration von Migranten im Einsatz. „36 Prozent der Lichtenberger haben Migrationshintergrund. Für unsere Projekte zur Förderung der Geflüchteten wurden uns vom Senat aber Gelder gestrichen, ein Mitarbeiter muss entlassen werden - Opfer der unsozialen Sparmaßnahmen", empört er sich. Schon allein deswegen müsse dieser schwarz-rote Senat abgelöst werden. „Das Profil von uns LINKEN als sozialistische Partei gilt es sicht- und spürbar zu schärfen. Es gibt noch viel zu tun!"

Matthias Herold

Die Linke hilft

... im Wedding

Rechts- und Sozialberatung mit Rechtsanwält*innen
Jeden Freitag – 16 bis 18 Uhr
Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin

Sozialberatungen
Jeden Dienstag – 16 bis 18 Uhr
Cocoon, Exerzierstr. 14, 13357 Berlin
Jeden 4. Donnerstag im Monat – 16 bis 18 Uhr
Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

Aussichten und Rückblicke

Das Jahr 2026 hat begonnen und mit ihm die Aussicht auf… ja, was eigentlich? Trauen wir uns optimistisch zu sein? Lässt sich die Realität positiv verändern? Oder halten wir nur noch fest an dem, was wir haben, um Verschlechterungen zu verhindern? Zugegeben alles eher philosophische Fragen, doch sie beeinflussen möglicherweise unseren Anspruch daran, wie es eigentlich weitergehen soll auf der Welt, in Europa, im Land, in Berlin oder im Kiez.

Rückblickend war das Jahr 2025 aus meiner persönlichen Sicht ein Jahr wie viele andere davor auch. Es war kurz, es war arbeitsintensiv, es hatte einige Höhen und viele Tiefen – alles in allem ein Auf und Ab der Gefühle. Doch ein Gedanke verfestigt sich zu meiner eigenen Überraschung und mit Bedauern immer mehr bei mir. Ich kann nicht mehr mit voller Überzeugung sagen „Das wird schon werden“. Ich habe zunehmend Zweifel und meine optimistische Grundüberzeugung ist angekratzt. Doch tief in mir will ich der Negativität (noch immer) nicht so viel Raum geben.

Kriege, weiter erstarkender Autoritarismus und Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, Armut nun bis in die „Mittelschicht“, Rückschritte beim Klimaschutz, reaktionäre Politik und zudem eine innere Zerrissenheit der gesellschaftlichen Linken. Das Jahr 2026 verheißt nichts Gutes angesichts der Wahlumfragen in einigen Bundesländern. Berlin bleibt hier die Ausnahme und daraus schöpfe ich auch weiterhin Kraft für eine positive Entwicklung. Trotz des Blicks auf Sachzwänge, Finanzierungslücken und ungünstiger Umstände, die nicht in der Einflusssphäre Berlins und des Bezirks liegen, weiß ich, dass unglaublich viele Menschen in dieser Stadt füreinander einstehen. Auf Ämtern, in Verwaltungen, bei Trägern, in Vereinen und in der Nachbarschaft geben Menschen nicht auf, sondern setzen sich für Veränderung und Verbesserung ein, unterstützen und helfen einander – auch wenn die Zeiten schwieriger werden.

Insofern prägt mein Rückblick meinen Ausblick. Ich habe an so vielen Stellen positive Erfahrungen in 2025 gemacht. Im Jugendamt haben wir die Jugendeinrichtungen und Familienzentren gerettet, einen Jugendbeirat aufgebaut, Grundlagen für Trägerwohnraum gelegt und vieles mehr. Im Gesundheitsamt haben wir Gesundheitsziele verabredet, die Gesundheitsförderung verstetigt, Schulgesundheitsfachkräfte eingestellt und weiteres. Unsere Armutsprävention hat viele Menschen miteinander verknüpft, die nun noch besser gemeinsam gegen Kinder- und Familienarmut ankämpfen.

Der tatsächliche Blick aus dem Rathaus Mitte (Foto: Christoph Keller)

Mein Wunsch für 2026 ist: Lasst uns die negativen Aussichten in den Hintergrund drängen, indem wir diejenigen stärken und unterstützen, die positiv wirken.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit

Kein Platz für Militarisierung in unseren Kiezen!

In der letzten BVV des Jahres ging es um die Frage, welche Rolle die Bundeswehr künftig in unserem Bezirk spielen soll. Immer häufiger zeigt sie Präsenz im öffentlichen Raum, etwa vor Schulen oder durch breitflächige Werbung. Für uns ist klar: Rekrutierung junger Menschen gehört nicht in unsere Nachbarschaften.

Wir brachten einen Antrag ein, der sich gegen eine Nutzung durch die Bundeswehr im ehemaligen Karstadt-Gebäude am Leopoldplatz richtet. Nach aktuellen Informationen könnte die Bundeswehr dort Räume für Musterungen erhalten. Wir wollen, dass das Gebäude dem Gemeinwohl dient und soziale und kulturelle Nutzungen ermöglicht. Räume im Zentrum unserer Kieze dürfen nicht zur Musterungsstelle werden! Es folgte eine hitzige Debatte, begleitet von haltlosen Unterstellungen. Die BVV lehnte unseren Antrag schließlich mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab.

Auch unsere Entschließung zur Solidarität mit Schüler*innen, die gegen die Wehrpflicht auf die Straße gingen, stieß auf Widerstand. Wir unterstützen Jugendliche, die politisch aktiv werden und sich gegen Zwangsdienste wehren. Änderungsanträge von Grünen und CDU verwässerten unsere Vorlage stark. Schließlich wurde sie in den Ausschuss überwiesen. Wir bleiben dabei, dass junge Menschen ein Recht darauf haben, ohne Angst vor Repression für ihre Zukunft einzustehen.

Gleichzeitig konnten wir im Dezember auch wichtige Initiativen beschließen: So fordern wir eine automatisierte Auswertung von Wohnungsanzeigen, um Mietpreisüberhöhung frühzeitig aufzudecken. Damit soll der Bezirk aktiv gegen überhöhte Mieten vorgehen. Zudem brachten wir einen Antrag zur Förderung des Dartsports ein. Wir wollen prüfen lassen, welche bezirklichen Sportanlagen geeignet sind und Dart bei künftigen Planungen berücksichtigen, da es dafür bisher kaum öffentliche Räume jenseits von Gaststätten gibt.

Auch im Jahr 2026 werden wir uns gegen die wachsende Militarisierung des öffentlichen Raums einsetzen und zugleich konkrete Verbesserungen für die Menschen in Mitte voranbringen.

Denise Verch,
Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke in der BVV Mitte

BEI ANDEREN GELESEN

➤ **Bitte nicht lesen!**

Lieber Leser,

ich bitte Sie freundlichst darum, diesen Text NICHT ZU LESEN, da es in den folgenden Zeilen um ein Buch gehen wird, das aus Klassenräumen öffentlicher Schulen und aus öffentlichen Bibliotheken in Oklahoma (USA) verbannt wurde. Es geht um das Buch „Ich weiß, warum der gefangene Vogel singt“ von Maya Angelou, zugegebenermaßen schon ein älteres Werk aus dem Jahre 1969. Worum geht es in diesem von James Baldwin gelobten Text? Der autobiographische Roman schildert Maya Angelous Kindheit und Aufwachsen in der schwarzen Community ihrer Zeit. Geboren wird Angelou im Jahr 1928 in den USA. Als Dreijährige wird sie mit einem Zettel an der Hand in einen Zug gesetzt und fährt mit ihrem vierjährigen Bruder allein quer durch Kalifornien zu ihrer Großmutter, die sie bei sich aufnimmt. Laut Angelou war es damals nicht unüblich, dass Kinder alleine reisten, wenn auch voller Angst. Ihre Großmutter und ihr Onkel führen gemeinsam einen Krämerladen, in dem Maya viele Jahre lebt und der der Familie Sicherheit und Nahrungsgrundlagen bietet, die ihr Schicksal begünstigen. Maya und ihr Bruder werden jedoch immer wieder zu ihren Eltern zurückgeschickt, Eingliederungsversuche in die Welt der Eltern, die jedesmal in einer Katastrophe enden. Mayas Mutter, von ihren Kindern sehr geliebt, ist als Prostituierte in Nachtclubs tätig und umgibt sich mit Kriminellen, wobei der widerwärtigste von ihnen ihr Partner (Mayas Stiefvater) ist. Mayas Vater besäuft sich regelmäßig und führt eine gewalttätige Beziehung. Letztlich lebte Maya als Jugendliche für einige Wochen in einem PKW auf einem Schrottplatz, gemeinsam mit anderen Straßenjugendlichen. Maya Angelou spricht ohne Wut und voller Liebe von ihrer Familie, die immer wieder zueinander gefunden hat, trotz persönlichen Fehlverhaltens. Ein spannendes Buch und Black History, erzählt aus der Perspektive einer schwarzen Autorin.

Marie

Maya Angelou, 1969, „Ich weiß, warum der gefangene Vogel singt“, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Ein absurdes Gefälligkeitsgutachten für den Berliner Senat

Der Berliner Finanzsenat hat zwei Kanzleien, die regelmäßig für Vonovia arbeiten, mit einem offensichtlichen Gefälligkeitsgutachten beauftragt und dafür auch noch ca. 100.000,- Euro Steuergelder verschleudert!

Das Gutachten tönt gleich zu Anfang nach Art von Ober-Muftis: „Alles“ spreche dafür, dass die Berliner Landesverfassung eine Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen nun einmal „nicht zulasse“.

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ feiert ihren Gesetzentwurf

Firdes Firat, die Sprecherin der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ (DWE), hat dazu Stellung genommen: Das würde bedeuten, dass in Berlin das Grundgesetz nicht gilt! Vom Gehalt her ist diese Aussage des Gefälligkeitsgutachtens so absurd, dass sich selbst der konservative Block innerhalb der Expertenkommission, die der Senat selbst gebildet hatte, nicht geschlossen dafür ausgesprochen hat. Sie ist auch in der gesamten juristischen Literatur absolut randständig.

Als weiteres Argument wird in dem Gutachten angeführt: Immobilien würden nicht unter die Kategorie „Grund und Boden“ fallen, für die der Artikel 15 GG greift, der für die Vergesellschaftung herangezogen werden soll. Aber gerade dieses Argument wurde schon 2023 von der Expertenkommission des Senats selbst ausdrücklich ausgeräumt: Immobilien entsprechen ganz eindeutig dem Gegenstand Grund und Boden. Infrage gestellt wird dann die wirtschaftliche Verhältnismäßigkeit der Vergesellschaftung. Die Kommission hatte aber bestätigt, dass die Vergesellschaftung geeignet und angemessen sei, weil es sogar *kein besseres* Mittel gäbe, gegen die Hochtreiberei der Mieten vorzugehen.

Als letztes Argument wurde mal wieder behauptet, der Berliner Haushalt sei mit der Vergesellschaftung überfordert. Unterschlagen wird dabei, dass die vergesellschafteten Bestände ja auch Mieteinnahmen generieren. Die Studie eines Teams um Andrej Holm von der Humboldt-Universität belegt, dass Vergesellschaftung auch ohne dauerhafte Zuschüsse des Berliner Haushalts finanzierbar ist, und zwar bei dauerhaft bezahlbaren Mieten und einer guten Bewirtschaftung der Wohnungen. Für den Landeshaushalt ist es also unproblematisch.

Es kommt nicht nur auf die rein wirtschaftlichen Aspekte an, die allerdings nicht unerheblich sind. Denn die Berliner*innen bekommen dadurch rund eine Viertelmillion günstige Wohnungen, die später durch die Mieteinnahmen abbezahlt sind. Die Mieten sind dauerhaft günstig und die Berliner*innen können entscheiden, wie die Bestände genutzt werden sollen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Das Leben der Berliner*innen wird durch eine gemeinwirtschaftliche Wohnraumversorgung auch reicher an Teilhabe und Sicherheit.

Rainer Scholz

„War allet uffjefressen von fremde Leute hier ...“

Unser Bolle-Lied, ja besser kann man die 100. Grüne Woche doch nicht beschreiben.

Und mit Marktreiben kennt sich der Berliner aus. In Mitte gilt der Molkenmarkt als ältester Platz. Hier wurde gehandelt, gefeilscht und alles noch vor erster urkundlicher Erwähnung von Berlin und Cölln. Da wurde es schnell zu eng und an der Marienkirche entstand der Neue Markt. Die Kartoffelrevolution von 1847 mit ihren Plünderungen und Massenprotesten bewegte die damaligen Stadtväter, über neue Marktkonzepte nachzudenken. 1868 entstand die erste Zentralmarkthalle am Alexanderplatz, um die katastrophalen hygienischen Verhältnisse auf den Wochenmärkten zu bekämpfen, dort stank der Müll zum Himmel, denn es wurde Lebendvieh verkauft und allerhand Kleingetier geschlachtet.

An Marktweibern und Hökerfrauen von Berlin kommt man dann auch nicht vorbei, zwischen ihnen lagen Welten. Die Erstgenannten, meist Bauernfrauen, durften eigene Erzeugnisse verkaufen, die Hökerin wiederum nur „Minderwertiges“ und obendrein mussten sie für ihre Handelserlaubnis im Monat vier Pfund Wolle fürs Lagerhaus spinnen. Adolf Glasbrenner lässt seine Hökerin beim Bäckerbesuch schimpfen: „Bejieß Er doch seine Knirpsbrote mit Wasser, damit se wachsen, oder lass Er seinen Schafskopp mit rinbacken, damit se Jewicht kriejen!“

Verhökern tun wir bis heute, wenn auch der beleidigende Unterton von damals verloren gegangen scheint. Denn während sich die inzwischen weltweit größte Leitmesse für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau zum Hundertsten feiert, haben es andere satt. Seit Jahren wird die Grüne Woche von Protesten des „Wir haben es satt“-Aktionsbündnisses flankiert. Am 17. Januar 2026 wird es wohl keine „Kartoffelrevolution“ geben, aber zur Demo aufgerufen, um sich lautstark für eine zukunftsfähige Landwirtschaft weltweit einzusetzen. Es geht natürlich auch leiser, bei einem Marktbesuch im Kiez mit Produkten aus der Region, bestenfalls aus nachhaltigem Anbau und sich dabei wie Bolle janz köstlich zu amüsieren.

Simone Hahn

Die Marktzeit der Wochenmärkte beginnt in Mitte wieder ab 12. Januar:

An der Sophienkirche dienstags von 12:00-18:00 Uhr, am Nordbahnhof mittwochs von 11:00 -17:30 Uhr, im Hansaviertel oder am Arkonaplatz freitags von 12:00-18:30 Uhr

---

Kunst und zu kurze 6 Tage

Wer hätte das gedacht? Hinter Berlins weltberühmter (oder berüchtigter?) Mauer verbergen sich noch unerzählte Kapitel! Begeben Sie sich auf eine Erkundungstour, die ein kaum bekanntes Geschichtskapitel der Berliner Mauer und des Ost-West-Konflikts aufdeckt – eines, das eng mit den deutsch-persischen Beziehungen verwoben ist. **Berliner Mauer & Kalter Krieg: Eine persische Spurensuche** (jeweils Sa. ab 11 Uhr, Eintritt 20 Euro) https://www.berlin.de/tourismus/stadtfuehrungen/x/9901078-5433807-die-perser-die-mauer-und-der-kalte-krieg.html

Ein echtes Schmankerl für Kunstkenner! **Die Scharf Collection: Goya – Monet – Cézanne – Bonnard – Grosse.** Die Ausstellung in der Alten Nationalgalerie (bis 25. 2., 16 Euro) zeigt eine Auswahl von rund 150 Werken, darunter herausragende Werke von Auguste Renoir, Pierre Bonnard, Edgar Degas sowie Claude Monet, und lädt zu einer Reise durch die Sammlung ein: Von Goya und dem französischen Realismus über die französischen Impressionisten und Kubisten bis hin zur zeitgenössischen Kunst. Ein besonderes Highlight ist eine Auswahl des in der Sammlung vollständig erhaltenen druckgrafischen Werks von Henri de Toulouse-Lautrec.

https://www.berlin.de/tickets/ausstellungen/die-scharf-collection-goya-monet-czanne-bonnard-grosse-a3d5811f-54ce-48cd-ae87-63bfb7f0e2b1/

Wie das gehen soll, ist mir nicht so recht klar. Das **113. Sechstagerennen im Velodrom** findet nur an 2 Tagen statt (30. + 31. 1., Eintritt 36 Euro). Trotzdem können sich alle Radsport-Begeisterten wieder darauf freuen, Radsportler (darunter einige Weltmeister) in den Sixdays-Wettbewerben sowie in den Sprint- und Steher-Turnieren zu erleben und spannende Rennen zu sehen.

https://www.berlin.de/events/2097425-2229501-berliner-sechstagerennen.html

Jedes Genre und jedes Format erlaubt: **Das Berlin Short Film Festival** möchte Filmschaffende aus ganz Europa vernetzen. Das Format hat sich schon lange etabliert: 2026 geht das Festival in seine 14. Runde (Kino Babylon, 29. 1. bis 1. 2.). Jedes Jahr kommen dutzende Kurzfilme auf die Leinwand. Interessierten und Fans bietet das Festival die Gelegenheit, einen Blick in die Zukunft der Kurzfilmwelt zu werfen. Alle Filme werden in Englisch oder mit englischen Untertiteln gezeigt.

https://www.berlin.de/kino/filmfestivals/8701221-2020379-berlin-short-film-festival.html

Und wem es nicht aufgefallen ist: Im obigen Artikel wird auf die **Internationale Grüne Woche Berlin** (16. bis 25. 1., Messe Berlin) hingewiesen. Ich sag mal: Mahlzeit!

https://www.berlin.de/messen/2101366-7918641-internationale-gruene-woche-berlin.html

Einen stressfreien Jahresauftakt wünscht

RAMSES

Koalition verhindert Vergesellschaftung – mit einem Rahmengesetz

Mehr als vier Jahre nach dem erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ beschließt der CDU-SPD-Senat ein „Vergesellschaftungsrahmengesetz“. Was soll das eigentlich sein? Und werden jetzt endlich Wohnungen den Menschen zurück gegeben?

Nein, das werden sie nicht. Das Rahmengesetz des Senats gibt lediglich den Grundgesetzartikel 15 wieder und definiert Anforderungen, unter denen vergesellschaftet werden könnte – neben Wohnungen auch bei Energie-, Wasser- oder Gesundheitsversorgung. Damit soll das Gesetz quasi als Abschreckung an „schwarze Schafe“ dienen, etwa bei einer Mietpreisexplosion. Es soll Vermieter zu gesetzestreuem Verhalten anhalten. Dieser Zweck der Bestrafung und Androhung hat allerdings nichts mit dem eigentlichen Ziel einer Vergesellschaftung zu tun. Bei der Vergesellschaftung geht es um einen Systemwechsel, Wirtschaftsbereiche dauerhaft dem privaten Profitinteresse zu entziehen und zu demokratisieren.

Nun könnte man das Rahmengesetz der Koalition einfach beiseite legen und mit der Umsetzung des Volksentscheids beginnen. Aber das Rahmengesetz ist nicht nur ein Ablenkungsmanöver: Es schadet der Sache. Denn CDU und SPD wollen dieses schlecht gemachte und vermutlich verfassungswidrige Gesetz erst in zwei Jahren in Kraft treten lassen und vorher dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. Sollte dieses ähnlich harsch und undifferenziert urteilen wie etwa beim Mietendeckel 2022, könnte das Ziel der Vergesellschaftung einen herben Rückschlag erfahren. Immerhin betreten die Initiative und auch das Parlament rechtliches Neuland mit der Anwendung von Artikel 15 des Grundgesetzes. Jeder Schritt muss also verfassungsrechtlich genau abgewogen werden.

Dieses unwirksame und schädliche Rahmengesetz von CDU und SPD darf nicht beschlossen werden. Viel wichtiger ist es, den mit vielen Top-Jurist*innen erarbeiteten Gesetzentwurf der Initiative gemeinsam zu verbessern und dann auch umzusetzen. Nur dieser sichert, dass die Wohnungsbestände der großen Immobilienkonzerne in die Hände der Berlinerinnen und Berliner

gelegt werden, wie es der Volksentscheid vorsieht. Wir als Linke haben die Umsetzung von „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zum Kernziel unseres Wahlprogramms gemacht.

Tobias Schulze,
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion und Abgeordneter im Wedding.

Moabit redet mit

Jeden zweiten Samstag zeigt Moabit, was organisierende Klassenpolitik jenseits von Wahlkampf und Sonntagsreden bedeutet. Mit der Kiezkampagne „Moabit Redet Mit“ geht die Basisorganisation Moabit-Tiergarten dorthin, wo sozialistische Politik zurzeit ihren Ausgang nimmt: an die Haustüren.

Bis zu 30 Genoss*innen waren bisher jeweils unterwegs, um an über 1000 Türen zuzuhören statt Stimmen zu sammeln. Die Treffpunkte liegen im Herzen des Kiezes: das JVB, die Dorotheenstädtische Buchhandlung, das Kukumu. Orte, an denen man sich kennt oder kennenlernt.

Am Anfang steht ein gemeinsames Frühstück mit Kaffee und Croissants, mit kurzen Absprachen und langen Gesprächen. Eine Nachbarschaft zu organisieren braucht Zeit und Vertrauen. In den Haustürgesprächen geht es um Wuchermieten, die Existenzen auffressen und um die Horrorhäuser von Heimstaden & Co., in denen Profite wichtiger sind als Menschen. Es geht um zu viel Müll auf den Straßen und um die fehlende Sozialarbeit im Kleinen Tiergarten, wo der Staat das Elend nicht einmal mehr verwaltet, sondern verschärft.

Was hier gesammelt wird, sind keine Stimmungsbilder für Parteistrategen. Es sind Erfahrungen, die deutlich machen, dass soziale Probleme keine individuellen Missgeschicke sind, sondern Ausdruck einer politischen Ordnung. Genau hier liegt der Kern organisierender Klassenpolitik: Sie übersetzt vereinzelte Wut in gemeinsame Handlungsfähigkeit. Sie fragt nicht zuerst nach Mehrheiten, sondern nach tragfähigen Beziehungen. Nicht nach Zustimmung, sondern nach Solidarität. Damit Nachbarn sich zusammenschließen im Kampf gegen den Vermieter. Damit sie in einer der vielen Sozialberatungen der Linken Verbündete finden gegen die Willkür der Ämter.

„Moabit Redet Mit“ ist deshalb kein Wahlkampf. Es ist der Versuch, der politischen Ohnmacht etwas entgegenzusetzen, die unseren Nachbarn Tag für Tag eingeredet wird. Das Herz dieser Kampagne liegt gerade darin, zu bleiben, wo andere weiterziehen. Damit aus den Gesprächen die Möglichkeit erwächst, die sozialen Kämpfe um diese Stadt endlich zu führen. Und es geht weiter. Wer jetzt Lust bekommen hat, der organisierten Traurigkeit gemeinsam ein Ende zu setzen, kann sicher sein: Du wirst hier gebraucht.

Niels Blume

Wenn du mitmachen willst, melde dich einfach per E-Mail:

tiergarten@dielinke-berlin-mitte.de

oder sende uns eine kurze Nachricht bei Instagram:

linke_moabittiergarten

Die Linke hilft

... in Moabit

Sozialberatung
Jeden 2. Freitag im Monat – 17 bis 19 Uhr
B-Laden, Lehrter Str. 30, 10557 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

DAS IST DAS LETZTE

Einer guten, alten Tradition folgend beräumte ich am letzten Tag des Jahres meinen leicht zugewürfelten Schreibtisch, auf dass geistige und optische Klarheit des Tischs dem neuen Jahr eine gewinnbringende Furche darbiete.

Das ist natürlich Quatsch: Schlechtgelaunt beginne ich den wuchernden Müllberg abzutragen. Nach und nach tauchen seltsame Dinge auf: Rasputin z.B. bestätigt auf einer Urkunde, dass Honecker die Pyramiden ganz alleine gebaut hat. Ein einziger Fünf-Jahr-Plan. Donnerwetter! Den könnten wir in Berlin für neue Wohnungen aber dringend brauchen. Unter einem alten Salamibrot (da ist es ja wieder!) finde ich die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, unterzeichnet von den berühmten Politikern Apfelklaus, Fladenkot und Fliegendreck. Ein historischer Fund! Der zentrale Satz lautet nämlich original, dass alle Menschen gleich erschaffen sind – außer Trump. „Meins, Staatsgeheimnis, beschlagnahmt, Flugzeugträger“, kreischt das orangene Männchen, welches neben dem Schreibtisch aus dem Boden wächst. Na klar, der wieder. Obwohl, Flugzeugträger? Ach, soll er gehen. Langsam beginnt es mir zu dämmern. Irgendwo hier muss doch noch die Mappe mit den ganz wichtigen Sachen liegen: die Formel für den allgemeinen Weltfrieden (der dann auch eingehalten wird), das Dokument über die Gleichverteilung der Nahrungsmittel auf dem Planeten (damit keiner mehr hungert), die Bulle über das Verbot, den Planeten Erde kaputtzumachen und das allgemeine Verbot blöd zu sein. Aber ich kann die Mappe einfach nicht finden. Gut, Anleitung zum Glücklichsein in finsteren Zeiten hat ja auch was. Aber im Vergleich? Und so saß ich, wie jedes verdammte Jahr, etwas desillusioniert vor dem Tisch. Was also tun? Ich habe natürlich noch das übervolle Schrankfach. Aber das ist sooo groß. Ach, nee, naja, vielleicht nächstes Jahr. Wenn denn noch soviel Zeit bleibt.

RAMSES

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 22.12.2025
Ausgabetag für Nr. 02/2025 – 05.02.2026

Quo vadis, Müllerstraße?

Obwohl die Schließung erst für 2026 vorgesehen war, hat Drogerie Müller auf der Müllerstraße im Wedding vorzeitig aufgegeben. Nach dem Aus von C&A sowie dem Ende von Karstadt ist dies der nächste Dominostein, der fällt. Dabei sollte im Sanierungsgebiet Müllerstraße alles besser werden.

Schon 2011 wurde das „Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße” ins Leben gerufen. Finanziert von Bund und Berlin, wurde das Programm diesen Sommer noch einmal um drei weitere Jahre verlängert. Offiziell, um begonnene Maßnahmen „weiterzuführen und erfolgreich abzuschließen“, heißt es. In der Realität wirkt dies jedoch wie ein Eingeständnis, denn die ursprünglichen Ziele, wie Stärkung des lokalen Handels oder Steuerung von Leerstand, wurden auch 14 Jahre später nicht erreicht.

Zwar flossen Millionen in sichtbare Aufwertungen: Der Weddingplatz wurde für 3,4 Millionen Euro saniert, Innenhöfe wurden mit Fördergeld begrünt und ein Geschäftsstraßenmanagement installiert. Doch die eigentlichen Machtzentren der Straße, wie die großen Warenhaus- und Center-Immobilien, entziehen sich der städtebaulichen Steuerung. Während im Programm von „Aufenthaltsqualität“ und „Steuerung von Zwischennutzungen“ die Rede ist, setzen Immobilienfirmen und große Institutionen hier längst eigene Prioritäten.

Nirgends wird das deutlicher als am ehemaligen Karstadt-Gebäude am Leopoldplatz. Die frühere Zusage eines „gemischten Hauses“ mit Wohnungen, Büros, sozialen Einrichtungen und modernisiertem Warenhaus ist inzwischen passé. Statt einer sozial integrierten Entwicklung wird erstmal „ertüchtigt“ - Ausgang offen.

Auch auf der Ebene der Nahversorgung zeigen sich Brüche, die in keiner Förderbilanz auftauchen. So berichten Anwohner, dass in den letzten Jahren gleich mehrere türkische Lebensmittelläden geschlossen haben. Was bei Investoren als „Marktbereinigung“ gilt, bedeutet für die Menschen vor Ort den Verlust vertrauter Infrastruktur.

Nun schließt mit Drogerie Müller der nächste Anker. Höchste Zeit, das „Sanierungsgebiet“ kritisch zu hinterfragen, denn statt lebendiges Zentrum ist die Müllerstraße geprägt von Niedergang und Leerstand. Wenn Steuerung bedeutet, dass der Markt regelt und Berlin anschließend die Fassade renoviert, dann braucht die Stadt dringend einen neuen Plan.

Tobias Matschukat

Die Linke hilft

... in Mitte

Sozial- und Mietberatung mit Rechtsanwalt André Roesener
Jeden 1. Mittwoch im Monat – 17 bis 19 Uhr
Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin
Jeden 3. Mittwoch im Monat – 17 bis 19 Uhr
Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Sprechstunde der Linksfraktion der BVV Berlin-Mitte
Jeden Mittwoch – 16 bis 18 Uhr
Rathaus Mitte (Raum 113+114), Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

zum 103. Dora Scholze
zum 96. Johanna Kayser
zum 95. Magda Schliefke,
zum 94. Ingeborg Teubner
zum 91. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
zum 90. Barbara Raatz, Günter Zachau
zum 88. Helga Sobisiak
zum 88. Lidia Schewtschenko
zum 87. Elfriede Rastig
zum 86. Elfriede Lewerenz
zum 85. Inge Franz
zum 83. Siegfried Wittig
zum 82. Annemarie Stötzel
zum 80. Christine Neise, Wolf Stötzel
zum 70. Rainer Friedland
zum 65. Carola Jacob